

Manuskript

ZÜNDFUNK Generator

Titel: Die Interessen der Konzerne können nicht die Interessen sein,
die eine demokratische Gesellschaft hat
Geheimprojekt Freihandelsabkommen

Autor/in: Markus Metz & Georg Seeßlen

Sendedatum: 11.05.14

Sendezzeit: 22.05 – 23.00 Uhr

Redaktion: ZÜNDFUNK

Seite 1

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus
dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42
Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum
privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache
mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

MUSIK 0 KREIDLER - Ceramic

DARÜBER SPRECHERIN

Ein Gespenst geht um in Europa. Man kann es im Nachrichten Nebel rings herum kaum erkennen. Es verbirgt sich gerne hinter den großen Worten des Neoliberalismus: Wachstum! Wettbewerb! Fortschritt! Manchmal hinterlässt es aber auch hässliche Spuren. Wir riechen Chlorhähnchen, Hormonfleisch, Genfood! Wir sehen Kulturzerfall. Immer wenn jemand mutig genug ist zu versuchen, das Gespenst mit dem hübschen Namen TTIP festzuhalten und zu fragen, was es denn eigentlich wirklich von uns will, verschwindet es mit Hilfe seiner Unterstützer wieder im Nebel.

MUSIK HOCH

DARÜBER SPRECHERIN

Bekannt ist immerhin eines: Das Akronym TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“, transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft. Man nennt es auch transatlantisches Freihandelsabkommen, über das EU und USA seit letztem Jahr verhandeln. Alle, die das Gespenst beschwören, schweigen gegenüber Politik und Öffentlichkeit – eisern oder beredt.

O-TON Angela Merkel

„Wir werden alle Bedenken ernst nehmen. Aber lassen Sie uns an diese Verhandlungen herangehen, dass es etwas wird und lassen Sie uns nicht daran herangehen, dass wir alle Gründe finden, dass es nichts wird. Das muß zu schaffen sein.“

SPRECHERIN

Man kann es aber auch anders sehen – wie zum Beispiel Elisabeth Warren, die für die Demokraten im amerikanischen Senat sitzt:

SPRECHERIN 2

„Ein Papier, das die Öffentlichkeit scheuen muss, darf gar nicht erst unterzeichnet werden.“

MUSIK 1 DEVO – FREEDOM OF CHOICE

DARÜBER SPRECHER

Seite 2

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

Die Interessen der Konzerne können nicht die Interessen sein, die eine demokratische Gesellschaft hat

DARÜBER SPRECHERIN

Geheimprojekt Freihandelsabkommen

DARÜBER SPRECHER

Sendung von Markus Metz & Georg Seeßlen

MUSIK HOCH

MUSIK

DARÜBER SPRECHER

Eins: Was ist eigentlich ein Freihandelsabkommen?

MUSIK HOCH

SPRECHERIN

Seit es Handel nicht nur *in* einem Land gibt, sondern auch zwischen verschiedenen Ländern, versuchen die Fürsten und Regierungen, ihn im eigenen Sinn zu regulieren. Sie verlangen Zölle für Waren aus anderen Ländern, manchmal verbieten sie auch die Einfuhr bestimmter Produkte. Damit lässt sich wunderbar Politik machen. Nebenbei kommt Geld in die Kassen, man kann die eigene Wirtschaft gegen unliebsame Konkurrenz schützen und entscheiden, welche Waren Luxus für die Reichen bleiben sollen. Aber Zollschränke erweisen sich auch als Hemmschuh für Ökonomien, die ja bekanntlich nur ein großes Ziel haben, nämlich zu wachsen. Zuviele Zollschränke können eine Wirtschaft lähmen. Trotzdem waren Zollvereine und Freihandelszonen für die arbeitenden Menschen keineswegs immer nur ein Segen. In der Wirtschaftsgeschichte zeigen Freihandelsabkommen meist prekäre Folgen nach außen und nach innen. Nach außen erweist sich die neue wirtschaftliche Einheit als Bedrohung für jene Länder, die nicht mit einbezogen sind. Im Inneren können ganze Industriezweige verschwinden, und damit viele Arbeitsplätze, die in den seltensten Fällen in anderen Zweigen neu entstehen. An die Stelle der Konkurrenz der Waren tritt die Konkurrenz der Lohnniveaus. Bestimmungen, die zum Schutz der eigenen

Bevölkerung erlassen wurden, müssen zugunsten des freien Waren- und Geldverkehrs fallen. Seitdem die Globalisierung der Wirtschaft im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts so rasant Fahrt aufgenommen hat, haben auch Freihandelsabkommen ihren Charakter verändert. Längst schon geht es nicht mehr um die klassischen Nationalökonomien, sondern um weltweit agierende Konzerne. Es sind nicht mehr Regierungen, die ihre Wirtschaften zur Öffnung drängen, sondern es sind die Konzerne, die mit Hilfe beharrlicher Lobby-Arbeit die Regierungen drängen, lästige Barrieren abzubauen. Doch die Versprechen von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum, mit denen man die Abkommen den Menschen schmackhaft zu machen versucht, erweisen sich meist als leer, sagt Pia Eberhardt von der Lobby-kritischen NGO „Corporate Europe Observatory“:

O-TON 01 Pia Eberhardt

Ein Freihandelsabkommen, was gut erforscht ist und gerade seinen 20. Geburtstag gefeiert hat, ist „Nafta“ zwischen USA, Kanada und Mexiko. Damals wurden sehr viel Arbeitsplätze und Wachstum versprochen, nach 20 Jahren ziehen die Gewerkschaften in allen Ländern eine negative Bilanz. In allen drei Ländern hat das Abkommen zu Arbeitsplatzverlusten geführt, Löhne wurden gesenkt. Es hat Auswirkungen auf die Verbraucher, die Preise für Konsumartikel wurden zwar teilweise gesenkt, das nützt aber nichts, wenn man gerade seinen Arbeitsplatz verloren hat. Die Bilanz aus bestehenden Freihandelsabkommen ist aus der Sicht von Umwelt- und Arbeitnehmerschutz ziemlich negativ.

SPRECHERIN

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen EU und USA soll den Austausch von Waren und Dienstleistungen möglichst weit liberalisieren. Etwa durch die sogenannte „Harmonisierung von Standards“, z.B. von Verbraucher- und Umweltschutzbestimmungen bezüglich Pestiziden, gentechnisch veränderten Soja- und Milchprodukten oder CO2-Grenzwerten bei Autos. Anscheinend geht es bei diesem Abkommen um ein umfassenderes Paket als bisher in vergleichbaren Verfahren. Neben Landwirtschaft, Industrie und Kommunikation steht auch die Kultur zur Disposition.

O-TON 02a Olaf Zimmermann

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

Bisher ist bei internationalen Handelsabkommen zumindest der innere Kulturbereich ausgenommen gewesen.

SPRECHERIN

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des „Deutschen Kulturrates“, einem Zusammenschluß von mehr als 230 Kulturverbänden.

O-TON 02b Olaf Zimmermann

Jetzt haben wir die neue Situation, dass auch in Handelsabkommen offensiv über Kultur gestritten wird. Die USA haben großes Interesse an einem liberalisierten Kulturmarkt in Europa, damit sie ihre Waren großflächiger anbieten können. Letztendlich geht es darum, dass einige große US-Unternehmen wie Amazon und Google einen besseren Marktzugang zu europäischen Märkten erhalten. Darum wird im Moment gekämpft. Es ist offen, ob es noch zu einer vernünftigen Lösung kommt, das ist m. E. eine, die die kulturelle Vielfalt in Europa erhält, dass sich nicht irgendwelche Monopole ausbreiten können.

SPRECHERIN

Die Welthandelsorganisation WTO, die 1994 gegründet wurde, soll die internationale Wirtschaftspolitik koordinieren und Konflikte schlichten. Mit dem Ziel: freier Handel für die ganze Welt. Doch den global players geht es dabei viel zu langsam voran.

O-TON 03a Ulrich Mössner

Da gibt es verschiedene Verhandlungsrunden, die letzte, die sogenannte Doha-Runde ist seit fast 10 Jahren zum Stillstand gekommen.

SPRECHERIN

Der pensionierte Wirtschaftsingenieur Ulrich Mössner engagiert sich für das „Bündnis gegen Freihandelsabkommen“.

O-TON 03b Ulrich Mössner

Deshalb versuchen große Wirtschaftsnationen, Globalisierung voranzutreiben mit bi- oder trilateralen Wirtschaftsabkommen. Verhandlung zwischen EU und USA hat vor einem halben Jahr begonnen, ist davor ca 1 Jahr lang vorbereitet worden, im wesentlichen von Lobbyverbänden der Wirtschaft auf beiden Seiten, die die Verhandlungsziele mehr oder weniger der Politik vorgegeben haben. Die Ziele sind eingeflossen in das Verhandlungsmandat der EU-Kommission, das man sich von EU-Parlament und Regierungen der EU hat absegnen lassen, nach dieser Agenda wird jetzt verhandelt. Weil alles so geheim ist, hat die Öffentlichkeit bis vor 3-4 Monaten keine Notiz genommen. Langsam wächst die Erkenntnis auf Seiten der Öffentlichkeit, auch

Medien nehmen mehr Bezug auf und haben begriffen, dass da große Gefahren auf uns zu kommen könnten.

MUSIK 2 DIE TÜREN – Don't Google Yourself

MUSIK

DARÜBER SPRECHER

Zwei: Hinter verschlossenen Türen. Wie ein Freihandelsabkommen zur Gefahr für die Demokratie wird

MUSIK HOCH

SPRECHERIN

Seit 2008 haben EU und Kanada über ein Freihandelsabkommen verhandelt, das jetzt unterschriftenreif ist. Während in Kanada Gewerkschaften und Gesundheitsorganisationen protestierten, blieb in Europa größere Aufmerksamkeit aus. Im Vergleich dazu hat die kritische Öffentlichkeit überraschend schnell zur Kenntnis genommen, was jetzt zwischen Brüssel und Washington geschieht. Ulrich Mössner, Bündnis gegen Freihandelsabkommen:

O-TON 04 Ulrich Mössner

Die Verhandlungsführung liegt bei der EU-Kommission, Handelskommissar de Gucht ist der Verhandlungsführer, auf der US-Seite ein Beauftragter des amerikanischen Präsidenten. Die verhandeln unter Ausschluss der Öffentlichkeit – sowohl Ziele als auch Zwischenergebnisse sind strikt geheim. Was zur Verwunderung Anlass gibt, denn es entsteht hier ein Wirtschaftsraum, der von der Ausbringungsmenge fast 50% des gesamten Welthandels ausmacht, wenn USA und EU einen gemeinsamen Markt bilden. Und der Charakter der EU wird damit völlig verändert, zu der Erkenntnis kam sogar Finanzminister Söder. Vor diesem Hintergrund ist die völlige Geheimhaltung der Verhandlungen einfach empörend.

SPRECHERIN

Wir müssen das noch einmal festhalten, weil man es sonst kaum fassen mag: Bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA werden zweifellos entscheidende Weichen für unsere Zukunft gestellt. Doch weder die

Parlamente in den europäischen Staaten noch die Öffentlichkeit erfahren mehr als Gerüchte darüber, worüber eigentlich verhandelt wird und wie weit die Verhandlungen gediehen sind. Haben wir wirklich so viele andere Sorgen, dass hier nicht die Alarmglocken läuten? Pia Eberhardt von der Lobby-kritischen NGO „Corporate Europe Observatory“:

O-TON 05 Pia Eberhardt

Ich glaube, dass die europäische Kommission die Verhandlung im Geheimen führt, weil es sehr viel Widerstand geben würde, wenn die Texte öffentlich würden und die Menschen verstehen würden, wie gefährlich das Abkommen sein könnte für Dinge, die ihnen am Herzen liegen – ob saubere Umwelt oder sichere Lebensmittel.

SPRECHERIN

Die Geheimhaltung dient der Lobby-Arbeit, deren Ausmaß sich der Normalbürger kaum vorstellen kann. Unter Lobbyismus versteht man eine doppelte Einflussnahme von Interessengruppen auf die Politik: Zum einen durch eine Pflege persönlicher und institutioneller Beziehungen. Das ist oft ein kompliziertes Geben und Nehmen. Die Politiker nutzen die Lobbyisten gern als Ratgeber, weil sie auf ihren Gebieten über Fachwissen und Insider-Informationen verfügen. Man wird sich dann, nur zum Beispiel, nicht allzu sehr wundern, dass umweltpolitische Entscheidungen fallen, die etwa der Auto- oder Energieindustrie nicht wirklich weh tun. Seit 2008 versuchen Lobby-kritische Initiativen wie Corporate Europe Observatory mühsam, eine gewisse Transparenz in die Arbeit der Lobbyisten zu bringen. Die Registrierung, die sie erreicht haben, ist freiwillig. Schätzungsweise 20 000 Lobbyisten versuchen, in Brüssel indirekt und direkt Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. 70% davon stehen im Dienst von Wirtschaftsverbänden und multinationalen Unternehmen. Können wir transparente Verhandlungen über das Freihandelsabkommen erwarten, wenn nicht einmal eine Offenlegung der Lobby-Aktivitäten zu erreichen ist? Pia Eberhardt, „Corporate Europe Observatory“:

O-TON 06 Pia Eberhardt

Konzerne und ihre Lobbygruppen haben in Brüssel wahnsinnig viel Einfluss auf die Verhandlungspositionen, die die EU einnimmt gegenüber den USA. Wir haben

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

ausführlich die Vorbereitungsphase 2012 und Anfang 2013 angeschaut, da kann man sehen, dass es zwischen Kommission und Lobbygruppen einen regen Austausch gab, Hunderte Treffen hinter verschlossenen Türen. Im Moment als die Verhandlung angekündigt wurde im Februar 2013 gab es kein einziges Treffen mit einer Umweltorganisation, Gewerkschaft oder Verbraucherschutzverbänden. Das weist darauf hin, dass es der EU-Kommission nicht um diese Interessen geht – die EU-Kommission begreift sich als Dienstleister für Konzerne und verfolgt die Agenda, weltweit Märkte für diese Konzerne zu öffnen.

SPRECHERIN

Die EU-Kommission, die nicht aus gewählten Politikern besteht, ist sozusagen die Exekutive der europäischen Politik. Sie zeigt allerdings ein anderes Verhältnis zum europäischen Parlament wie zu den nationalen Parlamenten, als man es in demokratische Strukturen gemeinhin versteht.

O-TON 07 Ulrich Mössner

Die Problematik liegt darin, dass die EU-Kommission sich vom europäischen Parlament und von europäischen Regierungen ein Verhandlungsmandat hat geben lassen. Wenn der Abschluss innerhalb dieses Mandats ist, meint die EU-Kommission auch im Recht zu sein, diese Dinge im Geheimen weiter zu verhandeln und am Ende nur ein fertiges Ergebnis vorzulegen. Meine persönliche Meinung ist, wenn es um solche Veränderungen geht, kann so eine Vorgehensweise nicht legitim sein, zumal wenn sie durch Investorenschutz sogar ein paralleles Recht einführt, das die demokratische Willensbildung unterhöhlt.

SPRECHERIN

Der Investorenschutz dient ursprünglich dazu, investiertes Kapital im Ausland vor dem willkürlichen Zugriff von Staaten ohne reguläres Rechtssystem zu schützen. Im Zusammenhang mit Freihandelsabkommen zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen führt der Investorenschutz dazu, dass die Rechte investierender Konzerne höher bewertet werden als nationale Verbraucher- und Umweltschutzgesetze. Kein Wunder, dass die Lobby-Arbeit auf Hochbetrieb läuft.

O-TON 08 Pia Eberhardt

Ein weiterer Einflußkanal sind Treffen hinter verschlossenen Türen zwischen Chefverhandlern der EU-Kommission und einzelnen Unternehmen oder großen Lobbyorganisationen wie „Business Europe“, das ist der europäische Arbeitgeberverband. Da werden alle Verhandlungsthemen diskutiert. Es gibt einige

Beispiele, wo wir zeigen können, dass die Position, die die EU-Kommission gegenüber den USA einnimmt, sehr sehr nah an dem ist, was ihr Verbände wie Business Europe oder auch die amerikanische Handelskammer eingeflüstert haben. Die Interessen von anderen gesellschaftlichen Akteuren wie Gewerkschaften oder Verbraucherschutzverbänden finden wir sehr viel weniger in der Agenda der EU-Kommission.

SPRECHERIN

Eines der wenigen Dokumente, die inzwischen öffentlich geworden sind, ist das Verhandlungsmandat der EU-Kommission – aber nur weil es geleakt wurde. Auf 18 Seiten...

SPRECHER

RESTRICTED – mit besonderer Sorgfalt behandeln!

SPRECHERIN

....kann man also die Leitlinien für die Verhandlungen nachlesen, unterteilt in die Bereiche...

SPRECHER

...Marktzugang – Regulierungsfragen und nichttarifäre Handelshemmnisse –Regeln.

SPRECHERIN

Die Verhandlungen selbst – über unsere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zukunft – werden hinter verschlossenen Türen geführt. Von Politikern, deren Verflechtung mit den Vertretern der Konzerne und Wirtschaftsverbände intransparent bleibt. Mit der Vorstellung von Demokratie, wie sie das alte Europa einst erkämpfte, hat das nicht mehr viel zu tun.

MUSIK 3 THE MOONBAND – Atlantis (Ballad Of Profit)

MUSIK

DARÜBER SPRECHER

Drei: Die Politik schafft sich selbst ab

MUSIK HOCH

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.

Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!

© Bayerischer Rundfunk 2013

SPRECHERIN

Die regulatorischen Standards, die das Freihandelsabkommen harmonisieren soll, sind gerade im Lebensmittelrecht in Europa meist höher. Wer jetzt meint, deshalb würde davon vor allem die amerikanische Wirtschaft profitieren, täuscht sich. Pia Eberhardt, Corporate Europe Observatory:

O-TON 09 Pia Eberhardt

Im Finanzsektor sind die Regulierungen in den USA strikter, seit der Finanzkrise werden die Banken stärker reguliert. Das sind Regulierungen, die die Banken ganz explizit auf die Agenda gesetzt haben. Auch im Lebensmittelbereich gibt es Beispiele gegen die Vorstellung ‚gutes Europa und böse USA‘: Bei Pestizidrückständen in Lebensmitteln sind manche stärker in Europa verboten, andere in den USA. Deshalb ist wenig überraschend, dass Hersteller wie Bayer oder Syngenta oder BASF transatlantisch agieren in den Verhandlungen. Die haben gemeinsam ihre Wünsche für die Verhandlungen vorgelegt als transatlantische Pestizidherstellerklasse. Das sehen wir auch in anderen Sektoren: Das weist darauf hin, dass es sich nicht um EU versus USA oder umgekehrt handelt, sondern um ein Oben gegen Unten, eine Agenda von Konzernen auf beiden Seiten des Atlantiks gegen die Menschen in EU und USA.

SPRECHERIN

Man kann die Politik hinter dem transatlantischen Freihandelsabkommen durchaus unter dem Begriff eines Neomerkantilismus zusammenfassen: Wenn unter den Teilnehmern der Freihandelszone der Warenverkehr erleichtert wird, wird er sozusagen automatisch für die anderen erschwert. Einmal mehr sind vor allem die so genannten Entwicklungsländer die Leidtragenden.

O-TON 10 Pia Eberhardt

EU und USA haben klar angekündigt, dass sie ihr Abkommen auch als Abkommen sehen, in dem sie sich auf Regeln einigen, die sie dann dem Rest der Welt aufoktroyieren wollen. Etwa in zukünftigen Freihandelsabkommen mit EU und afrikanischen oder asiatischen Ländern. Es wird schwieriger werden für Länder in Afrika, sich diesen gemeinsamen Standards von Regeln zu widersetzen, allein weil wir mit dem Abkommen den größten Markt der Welt schaffen werden. Den können Unternehmen aus anderen Ländern nicht ignorieren. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen ist ganz klar ein globales Herrschafts- oder Hegemonieprojekt.

SPRECHERIN

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

Unter dem Punkt „Investitionsschutz“ wird aber auch der Handlungsspielraum der beteiligten Regierungen dramatisch eingeschränkt.

O-TON 11 Pia Eberhardt

Investitionsschutz steht mit Sicherheit im Herzen des Freihandelsabkommens. Umweltschutzorganisationen, Verbraucherschutzverbände, Gewerkschaften sind sich einig, dass das ein brandgefährliches Kapitel ist. Und zwar, weil wir wissen, wie Konzerne die Klagerechte nutzen, um die Politik zu bekämpfen. Wir kennen die Klage gegen den deutschen Atomausstieg, die Klage von Philip Morris gegen Gesundheitswarnungen auf Zigarettenpackungen in Australien, gegen Fracking-Moratorien. Das erklärt auch, warum der Widerstand sich so stark an diesem Kapitel kristallisiert. Ich glaube, dass es sich um eine Art Allzweckwaffe handelt für Unternehmen, um all das zu bekämpfen, was ihnen ein Dorn im Auge ist: ob eine striktere Regulierung von Finanzmärkten oder Umweltschutzgesetze.

SPRECHERIN

Es scheint, als ginge es beim Freihandelsabkommen weniger darum, zwei Märkte inniger miteinander zu verbinden, sondern darum, den Konzernen von zwei unterschiedlichen Spielarten des Kapitalismus in jedem Segment die jeweils profiträchtigere anzubieten. Ulrich Mössner, Bündnis gegen Freihandelsabkommen:

O-TON 12a Ulrich Mössner

Ich stelle immer wieder die Frage, was bringt die europäische Politik dazu, ihre eigenen Möglichkeiten zur demokratischen Weiterentwicklung durch ein Freihandelsabkommen zu beschneiden?

SPRECHERIN

– Ulrich Mössner, Bündnis gegen Freihandelsabkommen –

O-TON 12b Ulrich Mössner

Man kann sich nicht vorstellen, in welchem Interesse hier die europäische Kommission handelt. Es kann nicht im Interesse der europäischen Demokratien sein. Man sieht eigentlich nur das Interesse der Förderung einer neoliberalen Wirtschaftsideologie, die sogar Nachteile für Verbraucher in Kauf nimmt. Mir ist noch nicht geistig zugänglich, wie politische Vertreter, die von uns bestimmt worden sind, unsere Interessen auf diese Art und Weise verkaufen können.

SPRECHERIN

Es ist, als hätten die europäischen Regierungen – nach dem Motto: Gleiche Chancen für alle, keine staatlichen Hilfen, den Rest regelt der Markt – gleichsam vor der Macht der Konzerne und deren Lobby kapituliert und würden freiwillig ihre Gestaltungsmacht abgeben. Wer würde zunächst darauf kommen, dass hinter einem einleuchtenden Begriff wie Nichtdiskriminierung in Wahrheit ein Instrument steckt, um öffentliche Aufgaben von Staat und Gesellschaft der Profit-orientierten Wirtschaft zu überantworten?

O-TON 13 Ulrich Mössner

Da gibt es z.B. ein Nichtdiskrimierungsgebot, d.h. kein ausländisches Unternehmen darf schlechter behandelt werden als ein inländisches. Im Bereich öffentliche Daseinsvorsorge haben Sie Unternehmen im ÖPNV, die unter kommunaler Hoheit stehen und die durch die Kommune gefördert werden. Der MVV in München spielt nur die Hälfte der Kosten ein, die andere Hälfte wird subventioniert. Jedes ausländische Unternehmen wird künftig den Anspruch haben, diese Dienstleistung übernehmen zu können mit der gleichen Förderrichtlinie, wie sie bisher dem öffentlichen Unternehmen zustand. Denken Sie an Schulen, Kitas, Gesundheitsvorsorge, auch dort hat man bestimmte Bereiche der Wirtschaft mit guten Gründen nicht dem normalen Gewinnstreben unterworfen. Das passt der Liberalisierung nicht, die hinter dem Abkommen steht, es soll keine Unternehmen geben, die nur unter kommunaler Leitung stehen, sondern soweit möglich alles privatisiert werden. Das ist ein großes Ziel hinter diesem Abkommen, weil der Dienstleistungsbereich ist der mit Abstand größte Wirtschaftsbereich, der Industrieanteil ist in Deutschland unter 25%, der Dienstleistungsbereich über 70%, Deutschland hat mit den höchsten Industrieanteil, im Schnitt bei Dienstleistungsanteil 80%. Das ist das Objekt der Begierde.

SPRECHERIN

Vom Augenblick, da wir am Morgen das Licht anmachen, über das Radioprogramm, das wir dann hören können oder auch nicht mehr, über die Fahrt zum Arbeitsplatz, die Speisen in der Kantine und am Imbisstand, die Kleidung, die wir tragen, bis zur Kneipe für das Feierabendbier und zum Glas Wasser für das Zähneputzen – all das und noch viel, viel mehr ist Gegenstand der Verhandlungen für das Freihandelsabkommen. Ist das Abkommen erst unterzeichnet, ist der Weg zurück verbaut. Etwa durch die sogenannte „regulatorische Kooperation“.

O-TON 14 Pia Eberhardt

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

Bei der „regulatorischen Kooperation“ geht es darum, dass sich EU und USA auf Verfahren einigen werden, mit denen sie viele Jahre nach Abschluß des Abkommens dafür sorgen werden, dass zukünftige Gesetze und Regulierungen etwa zum Verbraucherschutz transatlantisch abgestimmt werden. Wir wissen sehr wenig über diesen Verhandlungsbereich, wir kennen aber eine EU-Position vom Dezember 2013: Die EU schlägt Verfahren vor, die unserer Meinung nach dafür sorgen werden, dass dringend benötigte Regulierungen verzögert, bis auf Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgeschoben, verwässert und im Idealfall ganz abgewürgt werden können. Unternehmen werden sehr viel weitreichendere Einflußmöglichkeiten auf zukünftige Gesetze gegeben, gleichzeitig verpflichten sich EU und USA, viele Studien zu machen, alle nochmal extra anzuhören, sich rechtfertigen zu müssen, warum sie eine bestimmte Politik verfolgen. Was da droht, sind wahnsinnig komplexe Politikprozesse, die letztendlich überhaupt nicht mehr dazu führen werden, dass wir z.B. ein Verbraucherschutzgesetz in der dringend nötigen Zeit verabschieden können.

SPRECHERIN

Die Politik schafft sich selber ab – und zwar auf Dauer.

MUSIK 4 INTERNATIONAL NOISE CONSPIRACY – Capitalism Stole My Virginity

DARÜBER SPRECHERIN

Heute im Generator: Geheimprojekt Freihandelsabkommen. Die Interessen der Konzerne können nicht die Interessen sein, die eine demokratische Gesellschaft hat.

MUSIK

DARÜBER SPRECHER

Vier: Die Kultur – Sonderfall oder Feigenblatt?

MUSIK HOCH

SPRECHERIN

Auch hier gibt es ein paar Horrorszenarien: die Übernahme des deutschen Buchhandels durch Amazon, der Einzug von Mickey Mouse und Goofy in die Mailänder Scala, die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Abschaffung der Filmförderung etc. So schlimm werde es nicht kommen, versuchen uns die Befürworter gerne zu beruhigen. Eine kulturelle Nische werde nur von den allerhärtesten Knochen der

Neoliberalisierung und den digitalen playern à la Google und Amazon in Frage gestellt.

Pia Eberhardt:

O-TON 15 Pia Eberhardt

Die Kulturdebatte hat schon in der Vergangenheit bei Auseinandersetzungen um Freihandelsabkommen eine große Rolle gespielt. Es gab in den 90er Jahren den Versuch, ein weltweites Investitionsschutz-Abkommen zu verhandeln, das Konzernen sehr weitreichende Klagerechte eingeräumt hätte, gegen eine Politik für öffentliches Interesse vorzugehen. Das Abkommen ist gescheitert, weil Frankreich aus den Verhandlungen ausgestiegen ist. Das hat mit der Mobilmachung des Kultursektors in Frankreich zu tun, es weist darauf hin, dass es ein sehr sensibler Bereich ist, der die Menschen bewegt.

SPRECHERIN

Auch beim transatlantischen Freihandelsabkommen gilt im Moment eine „exception culturelle“: Die verdanken wir Frankreich. Frankreich hat darauf bestanden, dass der Bereich audiovisuelle Medien ausgeklammert bleibt. Filmemacher wie Benjamin Heisenberg plädieren leidenschaftlich für die kulturelle Ausnahme.

O-TON 16 Benjamin Heisenberg

Ich glaube, es gibt einen guten Grund, kulturelle Werte zu beschützen. Das mag protektionistisch klingen, aber ich glaube fest daran, weil bestimmte Kulturzeugnisse nicht dem freien Markt genügen können. Wenn wir uns Hollywood als Vorbild anschauen, merken wir, was es mit sich bringt, wenn man Filme für den Weltmarkt bringt. Und auch in der Entwicklung des Kinos heute, was sich immer mehr zu einer Eventkunst verändert im kommerziellen Bereich, merken wir, dass es im Sinne des Geschichten-Erzählens, der Individualität und Lokalität von Geschichten, die was über Eigenheiten von Gegenden und Menschen erzählen, sehr negativ entwickelt. Die großen Hollywood-Filme werden immer generischer, das mag man auch mögen, das hat tolle Eigenheiten, aber das als Regel fürs Weltkino aufzustellen, wäre fatal. Insofern müssen wir die regionalen Eigenheiten des Kinos beschützen und deswegen müssen wir darauf schauen, dass das Freihandelsabkommen diese Teile der Kunst auslässt.

SPRECHERIN

Wie lange aber die exception culturelle Bestand hat, ist offen. Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des „Deutschen Kulturrates“:

O-TON 17 Olaf Zimmermann

Die Amerikaner versuchen jetzt, über die Hintertüre einen Weg zu finden: Sie versuchen, die UN-Handelsklassifikation zu ändern, das ist eine Tabelle, wo drin steht,

Was sind überhaupt audiovisuelle Medien? Da möchte man erreichen, dass Rundfunk nicht mehr als als audio-visuelles Medium gilt, sondern als Telekommunikation. Wenn er Telekommunikation ist, kann sofort über ihn verhandelt werden. Natürlich gibt es das Interesse, auf dem Rundfunkmarkt gibt es neben dem öffentlich-rechtlichen auch den kommerziellen Bereich. Natürlich könnte man kommerziell mehr verdienen, wenn es öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht geben würde. Aber dabei würde nicht nur Qualität, sondern auch Vielfalt verloren gehen.

SPRECHERIN

Mittlerweile haben sich auch in Deutschland mehr Politiker der mehr oder weniger unverbindlichen Forderung nach der kulturellen Ausnahme angeschlossen. Das war nicht immer so. In der vorherigen Koalition wollten die FDP und ihr Wirtschaftsministerium, aber auch die Kanzlerin selber durchaus zulassen, dass auch über das verhandelt würde, was man hier verräterisch genug nur noch „Kulturwirtschaft“ nennt.

O-TON 18 Olaf Zimmermann

Deswegen müssen wir uns so oft auf die Franzosen verlassen, weil die diese Prozesse offensichtlich sensibler betrachten als die Bundesregierung. Aber man muß Unterschiede machen: Die Kulturstaatsministerin Grütters sagt eindeutig: Es muß eine vollständige Bereichsausnahme für den Kultur-/Medienbereich geben. Das sind klare Worte. Auch die Staatssekretärin Zypries im Bundeswirtschaftsministerium sagt, Kultur darf nicht betroffen sein. Aber uns fehlen die Worte des Bundeswirtschaftsministers und der Bundeskanzlerin, die das auf der europäischen Ebene dann ganz klar durchsetzen.

SPRECHERIN

Aber was ist das eigentlich, Kultur? Gibt es da eine Grenze zwischen der Hochkultur und der Popkultur, und wer könnte die ziehen? Gibt es einen Unterschied zwischen Comics und Film, zwischen einem Literaturfestival und einem Poetry Slam, zwischen Philharmonikern und Garagenrock? Muss Kultur, um sich einen Ausnahmestatus zu sichern, erst einmal beweisen, dass sie ohne Unterstützung und Schutz nicht überleben könnte? Ist der millionenschwere Kunsthändler genau so eine kulturelle Ausnahme wie der Bildende Künstler, der um jede Ausstellungsmöglichkeit kämpfen muss? Wie könnte das aussehen, die Kultur aus dem Freihandelsabkommen auszuklammern? Olaf Zimmermann:

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

O-TON 19 Olaf Zimmermann

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: eine Negativ- oder eine Positivliste anlegen. Bereiche, über die man nicht verhandeln soll, kommen auf die Negativliste. Persönlich würde ich besser die Positivliste finden, und sie würden endlich sagen, worüber sie verhandeln: Automobilmarkt, Bankenmarkt, Chemiemarkt – dann wissen wir Bescheid. Aber bisher wird alles im Nebulösen gehalten, das ist vielleicht das Schlimmste überhaupt an dem Freihandelsabkommen: Es wird verhandelt, wie man im 19. Jahrhundert verhandelt hat: Geheimräte sitzen zusammen, alles unter Geheimhaltung. Wir müssen jede Information auf problematischen Wegen erhalten, selbst unsere eigene Bundesregierung sagt, dass sie nicht regelmäßig informiert wird, geschweige unsere Abgeordneten. Das ist so intransparent, dass man es nur generell ablehnen kann. Selbst wenn morgen eine Ausnahmeregelung für den Kultur-/Medienbereich kommen würde, ist dieses Freihandelsabkommen kein gutes Abkommen. Die Art und Weise wie das verhandelt wird, ist ein Skandal. Wir müssen uns dagegen wehren, dass solche Geheimverhandlungen über unsere Köpfe hinweg stattfinden.

SPRECHERIN

Eine demokratische Minimalforderung bestünde darin, solche Positiv- oder Negativlisten aufzustellen und sie in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten diskutieren zu lassen. Dann erst würde deutlich, um welche Aspekte es im einzelnen geht. Denn die Grenzen zwischen dem, was man im engeren Sinn als Kultur versteht, und dem, was im Sinne der Verhandlungen unter Handel und Dienstleistungen verstanden wird, sind fließend – wie es das Beispiel der Buchpreisbindung zeigt.

O-TON 20 Olaf Zimmermann

Buchpreisbindung heißt ja, dass ein Buch einen festen Verkaufspreis hat, egal wie groß das Unternehmen ist, das Bücher bei einem Verlag angekauft hat. Das führt dazu, dass wir eine Buchhandlung noch im kleinsten Ort haben, dass wir viele Verlage haben und viele Autoren. Aber für Marktliberalisten ist die Buchpreisbindung ein reines Handelshemmnis, weil es die freie Entfaltung des Marktes behindert. Wir wollen das, aber Amazon hat kein Interesse an diesem Handelshemmnis: Amazon könnte Bücher im großen Stil günstiger einkaufen, bis kleine Konkurrenz verschwunden wäre. Dann würden sich die Verbraucher zweimal wundern: zuerst gibt es nur noch einen Anbieter und sie bekommen Bücher nicht mehr günstiger.

SPRECHERIN

Solch drastische Beispiele machen klar: Da geht es nicht um einen Angriff der amerikanischen Popkultur auf die heile europäische Hochkultur, sondern darum, dass

eine letzte Schutzzone um Kunst, Kommunikation und Bildung den Interessen der Konzerne geopfert werden soll. Auf der Liste des Begehrens stehen ja nicht nur die Märkte für Filme und Bücher, die Museen und Theater, sondern auch die Schulen und Universitäten. Schon jetzt müssen wir zur Genüge bangen um die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre. Schon jetzt hat sich das Mäzenatentum von einst in ein marktorientiertes und eigennütziges Sponsoring verwandelt. Wenn die universitäre Bildung privaten Anbietern geöffnet wird, die gegen die Subvention staatlicher Einrichtungen klagen können, müssten auch die Universitäten zwangsläufig nur noch nach wirtschaftlichen Maßstäben geführt werden.

Auf dem Spiel steht hier beides, die traditionelle Kultur, jenes Denken, Lesen, Sehen, Hören, dass nicht automatisch auf seinen Nutzen im ökonomischen Kreislauf befragt wird, und die aktuelle Kultur von Politik, Debatte und Kritik. Jetzt liegt es an uns allen.

MUSIK 5 GENDER BOMBS – Danube

DARÜBER SPRECHERIN

Weil die EU-Kommission befürchtet, dass die nationalen Parlamente das Freihandelsabkommen mit den USA zu Fall bringen könnten, will Handelskommissar De Gucht vor dem Europäischen Gerichtshof klären lassen, ob die einzelnen EU-Staaten überhaupt mitentscheiden dürfen. Schlimmstenfalls bleibt dann nur das EU-Parlament als letzte demokratisch legitimierte Instanz übrig. Umso wichtiger wird es also, sich jetzt bei der Wahl des EU-Parlaments genau zu überlegen, wie jeder Kandidat zu TTIP steht, bevor man den Wahlzettel ankreuzt.

Die demokratische Zivilgesellschaft ist keineswegs machtlos gegenüber dem gierigen Zugriff der Konzerne auf unsere Welt, unsere Arbeit, unsere Kultur. Es muss ein öffentlicher Druck entstehen auf die einzelnen Regierungen, auf das europäische Parlament, auf die Medien. Wir wollen nicht, dass eine Kommission in unserem Namen verhandelt, die weder wirkliche demokratische Legitimation noch öffentliche Kontrolle kennt. Wir wollen nicht, dass Verhandlungen in einem undurchsichtigen Geflecht von

Politik und Lobbyismus geführt werden. Wir wollen nicht, dass ein Abkommen unterschrieben wird, dass die Rechte von Konzernen und Wirtschaftsverbänden höher stellt als die Rechte der Menschen, der Bürger, der Konsumenten, der Arbeitnehmer, der Umwelt. Wir wollen nicht, dass das Freihandelsabkommen die schlimmsten Aspekte der neoliberalen Ökonomie von beiden Seiten des Atlantiks vereint zu einer neuen, ungehemmten und undemokratischen Spielart des Kapitalismus. Wir – das ist eine wachsende Anzahl von Personen und Organisationen, die sich gegen Geheimniskrämerei und Manipulation zusammengestellt haben. Insgesamt mehr als 50 Vereinigungen der Zivilgesellschaft, darunter Attac, B.U.N.D. oder die Gewerkschaft Verdi, haben gemeinsam mit Campact, der Plattform für Demokratie in Aktion, innerhalb von zwei Monaten über 400 000 Unterschriften gesammelt. Aufgrund des öffentlichen Protestes hat Handelskommissar De Gucht zugesagt, die Verhandlungen über den besonders umstrittenen Investitionsschutz auszusetzen – drei Monate lang, dann ist die EU-Wahl vorbei. Das Angebot, die Öffentlichkeit durch ein Online-Verfahren einzubinden, indem ein äußerst komplizierter Fragebogen angeboten wird, muss man wohl als Alibi-Veranstaltung abtun. Eine europäische Bürgerinitiative sammelt Stimmen, um das europäische Parlament per Petition zum Eingreifen zu zwingen. Zur gleichen Zeit muss der Druck auf die nationalen Parlamente erhöht werden, sich der eigenen Entmachtung zu widersetzen. Am Ende wird es auf die kritische Öffentlichkeit ankommen, um zu verhindern, dass wir vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Oder anders gesagt: Es wird auf unsere eigene demokratische politische Kultur ankommen, um diese zu erhalten.

MUSIK 6

DARÜBER SPRECHERIN

Das war

DARÜBER SPRECHER

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München
Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42 Cent pro Minute.)
Fax: 089/5900-3862
service@bayern2.de
www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.
Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!
© Bayerischer Rundfunk 2013

Die Interessen der Konzerne können nicht die Interessen sein, die eine demokratische Gesellschaft hat

DARÜBER SPRECHERIN

Geheimprojekt Freihandelsabkommen

DARÜBER SPRECHER

Sendung von Markus Metz & Georg Seeßlen

MUSIK HOCH

DARÜBER SPRECHERIN

Sprecher: Annegret Arnold & Markus ter Haerst

Technik: Daniela Röder und Christian Schimmöller

Musikauswahl: Ralf Summer

Redaktion: Franziska Storz

MUSIK HOCH

DARÜBER SPRECHER

Die Playlist und Links zur Sendung gibt es im Web unter bayern2.de und Zündfunk.

Dort können Sie diese und weitere Generator-Sendungen auch als Podcast herunterladen.

MUSIK 7

Bayern 2-Hörerservice

Bayerischer Rundfunk, 80300 München

Service-Nr.: 01801/102033 (4 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz/Mobilfunk max. 42

Cent pro Minute.)

Fax: 089/5900-3862

service@bayern2.de

www.bayern2.de

Dieses Manuskript wird ohne Endkorrektur versandt und darf nur zum privaten Gebrauch verwendet werden.

Jede andere Verwendung oder Veröffentlichung ist nur in Absprache mit dem Bayerischen Rundfunk möglich!

© Bayerischer Rundfunk 2013